

Arbeiterblatt

der
PROLETARISCHEN VEREINIGUNG OESTERREICHS

Nummer 70

August 1954

Kampf der Teuerung und der Arbeitslosigkeit !

Die österreichischen Arbeiter und Angestellten halten sich mit ihren Hungerlöhnen, Hungergehältern nur dadurch über Wasser, dass sie durch Mehraufwand an Arbeitskraft zusätzlichen Verdienst erarbeiten. Insbesondere die Arbeiterfrauen müssen zu diesem zusätzlichen Verdienst beitragen, indem auch sie ihre Arbeitskraft der Ausbeuterklasse verkaufen.

Menschenwürdige Löhne, Gehälter! - das ist heute in Oesterreich eine der dringendsten Tageslosungen des proletarischen Kampfes.

Seit vielen Jahren sabotieren SP und Gewerkschaftsbürokratie gerade den Kampf um höhere Löhne, Gehälter - im Interesse "unserer" Wirtschaft, "unserer" Konkurrenzfähigkeit, das ist: im Interesse des Profits!

Um dem wachsenden Druck der gequälten Massen auszuweichen, griffen die Sozialpharisäer zu der Tricklösung: Nicht höhere Löhne - sondern: Herunter mit den Preisen, Hebung des Reallohns von der Preisseite her. An Worten liessen es die Heuchler nicht fehlen, aber praktisch rührten sie dafür keinen Finger, vor allem sabotierten sie den Massenkampf für diese Lösung.

Diese Vorkämpfer der "Klassenharmonie" verfechten einen "Sozialen Frieden", bei dem die Arbeiter und Angestellten den Buckel herhalten sollen, während die kapitalistische Ausbeuterklasse Angriff auf Angriff gegen die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten vortreibt: ohne dass die SP, diese "stärkste Partei", ohne dass die Gewerkschaftsbürokratie, die sich immer wieder ihrer "Macht" rühmt, praktisch etwas Ernstes gegen die kapitalistischen Angriffe unternimmt. Die Schwindelsozialisten haben in der Tat Macht - aber nur gegen die Massen, aber Macht einsetzen

gegen die Ausbeuterklasse, da spiesst sich, da sind sie Sozialseierl! Denn sie sind im Judaslohn der Bourgeoisie stehende Agenten, Sozialverräter!

In letzter Zeit wurde die kapitalistische Teuerungsoffensive unverschämt eingeleitet war sie worden durch die von der SP und Gewerkschaftsbürokratie gesteigerten Eisenbahntarife, Tabakpreise, Autobustarife usw. Unter der andauernden Wucht der Teuerungsoffensive wuchs die Unzufriedenheit der Massen derart, dass die Sozialverräter etwas unternehmen mussten, um vor den Massen das Gesicht zu wahren: kleine Lohnkämpfe, die paar Prozent Lohnerhöhung brachten, "Beruhigungstropfen", um die ernstlich unzufriedenen Massen zu besänftigen, möglichst wieder einzulullen.

Aber allein die Teuerungsoffensive der Ausbeuter ging verschärft weiter: Gemüse, Obst, Fleisch usw wurden im Preis gesteigert und eine Milchpreiserhöhung angekündigt. Dies, obwohl kein Mangel an diesen Produkten, sondern Überfluss! Die paar Groschen Lohnerhöhung waren im Handumdrehen durch die fortschreitende Teuerung überholt. Diesmal setzten sich SP und Gewerkschaftsbürokratie in Bewegung: Betriebsrätekonferenzen, Betriebsräte-deputationen, tägliches Getrommel in der schwindelsozialistischen Presse. Immerhin ein Anfang, könnte man meinen.

Aber allein es geht den Sozialheuchlern ganz und gar nicht um einen ernstesten Kampf gegen die Teuerung, keineswegs um einen ernstesten Kampf für höhere Löhne, sondern einzig und allein um einen sehr ernstesten Kampf um - Stimme! ... Im Herbst gibt es die "kleinen Wahlen". Bis dahin sind noch fünf

In den fünf Monaten würden die Massen gründlich gerupft, ausgesackelt werden, wenn der "Kampf" gegen die Ausbeuterklasse so ginge, wie bisher. Die Arbeiter und Angestellten brauchen einen ernstesten Kampf, der wirkliche Erleichterungen erzwingt, und zwar möglichst bald!

Oeffnung der Grenzen für die freie Einfuhr von Gemüse, Obst und allen Nahrungsmitteln!

Sofortiges Verbot der Ausfuhr von Schlachtvieh!

Sofortige Abschaffung der Warenumsatzsteuer auf alle Nahrungsmittel!

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch Kampf für die Vierzigstundenwoche ohne Lohnkürzung!

Kampf für höhere Löhne und Gehälter!

Kampf für Produktionskontrolle durch die Arbeiter und Angestellten in jedem Betriebe, verknüpft mit dem Recht auf Bucheinsicht durch sachverständige Personen des Vertrauens der Arbeiter und Angestellten, auf Kosten des Betriebs!

Erzwingt, dass SP und Gewerkschaftsbürokratie eine Massenversammlungskampagne über ganz Oesterreich durchführen, zugespitzt auf Massendemonstrationen für diese Losungen in allen Städten und Dörfern in ganz Oesterreich!

Lasst Euch in diesem Kampf nicht irreführen, verlocken, verführen durch den Ruf der stalinbürokratischen Revolutionschmarotzer nach "Aktioneinheit". Einheit der Aktion: W o - f ü r ?!

Der Maiparteitag der Stalinpartei, dieser schwindelkommunistischen Partei, sagt darüber: "Wir sind bereit, gemeinsam mit den (b ü r g e r - l i c h !) demokratischen Kräften unseres Volkes die (R e g i e r u n g s) Verantwortung zu tragen"...

Die schwindelkommunistische Partei der Stalinbürokratie will ihre Kraft a u s s c h m a r o t z e n zu Gunsten des stalinbürokratischen Revolutions p a r a s i t i s m u s : sie such die K o a l i t i o n mit der Bourgeoisie, und diese Partei des Revolutionsschwindels greift betrügerisch die SP an wegen der SP-Ko-

alition mit der Bourgeoisie!

1.6.54

XX

Das "Wunder" der Sozialpharisäer

Zuerst die Tatsachen.

I. Der Lohn

Die Löhne der österreichischen Arbeiter sind "von Weltmarktlöhnen u n e n d l i c h w e i t entfernt". Das berichtet Ende April aus Wien die bürgerliche Schweizer Zeitung "Tagesanzeiger" (27.4.1954).

Die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Bourgeoisie bei möglichst hohen Profiten zu sichern, das ist heute das wichtigste Wirtschaftsziel der SP und der Gewerkschaftsbürokratie - dass sich diese profitable Konkurrenzfähigkeit stützt auf die Hungerlöhne, Hungergehälter der Arbeiter, Angestellten, das ist den Sozialpharisäern wurst. Die Konkurrenzinteressen der österreichischen Ausbeuterklasse stellen die Sozialpharisäer ü b e r die Lebens- und Aufstiegsinteressen der Arbeiter und Angestellten.

II. Die Arbeitszeit

Da der Lohn des Mannes nicht ausreicht, muss er möglichst Ueberstunden - und darüber hinaus Pfuschverdienst suchen. Immer mehr muss die Arbeiterfrau mitverdienen, um einen einigermaßen ausreichenden Tageslohn zu sichern. Schon das macht aus dem Achtstundentag den Sechzehnstundentag! Nicht gerechnet die Intensität der Arbeit, die in hohem Masse gestiegen ist und immer mehr gesteigert wird.

Nach der Betriebsarbeit müssen Frau und Mann den Haushalt besorgen. Zwei Stunden Haushaltzarbeit taglich verwandeln den 16- in einen 18-Stundentag!

Da das in vielen Fällen nicht ausreicht, machen Mann und Frau, um

sich billiges Gemüse zu verschaffen, überdies Schrebergartenarbeit.

Mindestens 16 Stunden täglich Arbeit für einen Lohn, der nur ein sehr bescheidenes Auskommen ermöglicht: **H u n g e r l o h n !**

Von Löhnen sprechen die Sozialpharisäer nicht gern. Dagegen plaudern sie sehr viel und gern über den "Lebensstandard" - darin ist der Hungerlohn verdeckt durch Nebenverdienste aus Ueberstunden -, Pfusch-, Frauen-, Schrebergartenarbeit, Mehrverdienst aus intensiverem Anspannen der Arbeitskraft, Nebenverdienste der Kinder usw.

III. Die Arbeitslosigkeit

Kurzarbeit, gar Arbeitslosigkeit, selbst wenn erleichtert durch Unterstützung, bilden eine empfindliche Verschlechterung.

Die 200.000 "strukturellen" Arbeitslosen wurden von der Bourgeoisie und der SP samt Gewerkschaftsbürokratie in paritätischer Zusammenarbeit vom "Produktivitätszentrum" aus fabriziert. Von hier aus wird das "(kapitalistische) Steigern der Produktivität" betrieben zu Gunsten des Profits durch Steigern der Ausgeutung. Durch die bewusste Lüge, das diene dazu, die Arbeitsmühe der Arbeiter und Angestellten zu erleichtern, suchen die Sozialheuchler das zu verschleiern.

Die kapitalistische Rationalisierung betreibt die Koalition der Kapitalisten und der Sozialpharisäer systematisch weiter. Auf diese Weise fabrizieren sie paritätisch immer wieder neue "strukturelle" Arbeitslose.

IV. Die Preise

Mit dem Maul, auf dem Papier schreiben die Sozialpharisäer immer wieder: Herunter mit den Preisen! Was tun sie dafür? Nichts! Halt: etwas tun sie doch:

Sie haben mitgeholfen, die Tabakpreise, die Eisenbahntarife, die Autotobustarife in die Höhe zu steigern. 2. Oesterreich ist das vielleicht

das am meisten kartellierte Land. Was tut "die stärkste Partei" gegen die Kartelle, die die Preise immer höher treiben? Sie mahnt, warnt, fordert, kreischt, keift, winselt, mault - das ist alles...

Erinnert Euch an das Papierkartell! Obwohl die Papierindustriellen die ganzen Jahre hindurch Riesengewinne machten, hat ihr Kartell jüngst den Papierpreis um 20% erhöht. Was tut dagegen "die stärkste Partei": mahnen, warnen, fordern, keifen, winseln, raunzen, maulen...

Die Kartellherren wissen ganz genau, dass die SP samt Gewerkschaftsbürokratie einen ernststen Kampf gegen die Bourgeoisie gar nicht wollen; dass der demoralisierten Arbeiterbürokratie ihr Judaslohn das Wichtigste, keineswegs aber die Interessen der Arbeiterklasse; dass sie diese nur braucht, um sie politisch und gewerkschaftlich auszuschmarotzen, denn ohne das gäbe es für sie keinen Judaslohn.

Auch Nichthandeln ist Handeln! SP und Gewerkschaftsbürokratie unterlassen jeden ernststen Kampf gegen die Ausbeuterklasse! Mehr noch. Sie sabotieren bewusst, planmäßig jede Aktion zu der die Arbeiter selbsttätig ansetzen wollen. Das Abwiegeln der spontanen Massenaktion betreiben SP und Gewerkschaftsbürokratie als ihre Hauptaufgabe.

Das Geschrei "Herunter mit den Preisen!" genügt nicht. Es müssen dafür die Massen zum Kampf mobilisiert werden! Warum nicht statt einer Prozession zum Stefansdom, statt eines Fackelzugs zum Rathaus Massenversammlungen in ganz Oesterreich für Massendemonstrationen in allen Städten unter der Losung "Herunter mit den Preisen!"?

Warum tun das SP und Gewerkschaftsbürokratie nicht? Weil sie nicht der Arbeiterklasse dienen, sondern Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung sind, um die Massen vom Kampf abzuhalten, abzulenken, auf dass die Kapitalistenklasse die Arbeiter und Angestellten ungestört aus-

beuten, immer höhere Profite aus ihnen herauschinden kann.

V. Die Profite

Jahr für Jahr zieht die Bourgeoisie Riesenprofite. Ueber die Grösse der Profite, ihr Wachsen s o h w e i - gen SP und Gewerkschaftsbürokratie. Sie verschweigen die Riesengewinne der Ausbeuterklasse b e w u s s t , um die Arbeiter, Angestellten von jeder ernstesten Aktion gegen die Kapitalistenklasse abzuhalten, abzulenken, so das ungestörte Fliessen des Profits in die Taschen der Bourgeoisie zu sichern, wofür diese der verkommenen Arbeiterbürokratie Judaslohn zukommen lässt - auf Kosten der Massen.

Prüft die Kurse der Aktien auf der Wiener Börse. Ihr werdet staunen, welche Riesenprofite die Ausbeuter aus Euch herausholen, Nur die verräterische Haltung der SP und der Gewerkschaftsbürokratie macht das möglich und der noch grössere Verrat der Stalinbürokratie, Stalinpartei an der Arbeiterklasse.

Stösst das Profitgeschäft auf Absatzschwierigkeiten, flugs sind die Sozialpharisäer daran, einen Ausweg auf Kosten der Massen zu schaffen: zum Beispiel durch "Konsumfinanzierung", das ist durch Ratengeschäfte auf grösster Stufeleiter... Dafür suchen sie die Massen einzufangen, indem sie ihnen die Gefahren solcher Geschäfte für die Arbeiter, Angestellten verschweigen.

Die Kosten der schwindelsozialistischen Politik tragen die ausgebeuteten Massen, vor allem die Arbeiter und Angestellten. Den Vorteil davon - in Form wachsender Profite - hat die Kapitalistenklasse, die dafür ihren Agenten Judaslohn abfallen lässt - auf Kosten der Massen.

Dass tatsächlich die Arbeiter und Angestellten die Kosten der Politik der SP und Gewerkschaftsbürokratie zahlen, das geben die Sozialpharisäer in verschämter verlogener Weise sogar manchmal zu. Nur dank der O p f e r der Arbeiter und Angestellten ist "unsere" (kapitalistische!) Wirtschaft wieder aufgerichtet worden, sagen,

schreiben sie von Zeit zu Zeit. Diese "O p f e r p o l i t i k" (auf Kosten der Massen!) setzen die Sozialheuchler, Sozialverräter weiter fort - trotz der Hungerlöhne, Hungergehälter, - trotz des Sechzehnstundentags - trotz der 200.000 "strukturellen" Arbeitslosen - trotz steigender Preise - trotz der wachsenden Riesenprofite der Ausbeuterklasse!

Als Hauptmittel, womit sie die Arbeiter und Angestellten über diesen Riesenverrat täuschen, verwenden die Sozialverräter die kapitalistische Sozialpolitik. Sie führen so der Arbeiterschaft Erleichterungen zu, die im Jahr etwa 5 Milliarden S ausmachen - aber zugleich ermöglichen sie der Bourgeoisie, das Vielfache aus den Arbeitern und Angestellten herauszuschinden und über dies auch die Kosten dieser Sozialpolitik aus ihnen herauszuholen!

VI. Schlussfolgerungen

"Für den Menschen sorgen, das ist der Inhalt aller sozialistischen Politik" - verkündet in der LZ (10.4.54) der schwindelsozialistische Sozialparasit O. Pollak.

Gewiss, letzten Endes, kämpft die proletarischsozialistische Politik für alle Menschen ohne Unterschied. Doch um dahin zu kommen, muss sie zuerst die A r b e i - t e r zum Kampf gegen, zum Sieg über die Kapitalistenklasse führen. Alle proletarischsozialistische Politik muss daher ausgehen von, muss grundlegend dienen den Interessen der Arbeiterklasse.

SP und Gewerkschaftsbürokratie gehen nicht aus von, dienen nicht den dauernd gemeinsamen Interessen aller Arbeiter, Angestellten, den proletarischen Klasseninteressen.

Den schärfsten Ausdruck findet diese Tatsache darin, dass sie mit dem grössten Feind der Arbeiterklasse, des proletarischen Sozialismus, z u s a m m e n a r b e i - t e t - gegen die Arbeiterklasse, gegen den proletarischen Sozialismus!

"Wir waren noch s t e t s die G e l e i m t e n , wenn wir versucht haben, mit unseren Gegnern z u s a m m e n z u a r b e i t e n . Dagegen arbeiten unsre Feinde f ü r u n s , wenn sie u n t e r s i c h b l e i b e n " - so schrieb Karl Kautsky in einem Brief am 15.10.1892 an Viktor Adler. Das war in der Tat die A u f f a s s u n g der alten, noch nicht entarteten SP. Seither ist viel Wasser die Donau hinuntergeflossen: die SP ist zu einer Partei entartet, die von der demoralisierten Arbeiterbürokratie nach deren kleinbürgerlichen Schmarotzinteressen geführt wird. Und die SP verschiebt sich unter der Leitung dieser Sozialparasiten immer weiter nach rechts! Die SP ist heute - ihrer Politik nach! - bereits eine b ü r g e r l i c h demokratische Reformpartei!

Die " G e l e i m t e n " bei der Zusammenarbeit mit der entwickelten Bourgeoisie, das sind die Arbeiter und Angestellten, das ist die Arbeiterklasse. Die verkommene Arbeiterbürokratie hilft der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse - vor allem durch Zersetzen ihres Klassenbewusstseins - n i e d e r z u h a l t e n ; gerade für das Erfüllen dieser Verratsaufgabe beziehen die Sozialpharisäer Judaslohn. Und sie erfüllen diese ihre Grundaufgabe heute bereits völlig bewusst!

Das suchen die Sozialpharisäer zu v e r n e b e l n :

1. Durch G e s c h e i über die "Vollbeschäftigung"...
2. Durch "F o r d e r n " von Investitionen zur Schaffung von Arbeitsstellen... Durch "Fordern" niedriger Kreditkosten zwecks Förderungen solcher Investitionen... Dabei sind die Banken, von denen sie das "fordern", verstaatlicht... Und "die stärkste Partei" hat mit ihrem Geschrei bis heute nichts erzielt. Gegen die Kapitalisten "kämpft" sie nur mit Mahnen, Warnen, Fordern, Winseln. Gegen die Bourgeoisie ernst zu kämpfen, das wollen SP und Gewerkschaftsbürokratie nicht. Das würde ihre Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind der Arbeiterklasse und damit ihren Judaslohn gefährden!...

3. Die SP erfüllt die Aufgaben der Wiener Gemeindeverwaltung: sie sorgt für Strassen, Strassenbahnen, Schulen, Spitäler, Kindergärten usw. usw. Das erfordert so und so viele Anschaffungen, Arbeitsleistungen. Das posaunen die Sozialheuchler aus als "Investitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit"...

Dasselbe Manöver betreibt Waldbrunner. Die von ihm kapitalistisch verwalteten Bundesbahnen und Staatsbetriebe müssen immer wieder neue Waggons, Lokomotiven usw anschaffen, Geleise, Bahnhöfe usw reparieren, wieder herstellen, das erfordert so und so viele Anschaffungen, Arbeitsleistungen. Das posaunen die Sozialheuchler ebenfalls aus als "Investitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit"...

4. Nehmen wir nun den günstigsten Fall, den Wohnungsbau der Gemeinde Wien. Hier erfüllt die SP etwas, was die OeVP, diese Hausherrnpartei, gar nicht oder in viel geringerem Umfang und in viel schlechterer Weise erfüllen würde. Jede Weile posaunen die Sozialheuchler: wieder 5000 neue Wohnungen ausgebaut in diesem Jahr - wieder Arbeit geschaffen für 10.000 Arbeiter. Stimmt. Und dennoch steckt darin ein raffiniertes schwindelsozialistisches Trick! Die Herrschaften v e r s c h w e i g e n , dass sie zugleich am Fabrizieren "struktureller" Arbeitsloser paritätisch m i t b e t e i l i g t sind! 200.000 "strukturelle" Arbeitslose mitproduziert - 10.000 Arbeitern durch Wohnungsbau Arbeit geschaffen: für die Arbeitsbeschaffung durch den Wohnungsbau der Gemeinde Wien, das beleuchten die Sozialpharisäer immer wieder bengalisch - über die paritätisch produzierten 200.000 "strukturellen" Arbeitslosen schweigen sie, oder schreiben, reden so, als seien sie an dieser lieblichen "Produktionssteigerung" u n b e t e i l i g t !

Ein gerissener Sozialgaunertrick: den Wohnungsbau der Gemeinde Wien verwenden die Sozialpharisäer als w e i s s e S a l b e , um den Arbeitern die Augen zu verschmieren, damit sie nicht erkennen, dass SP

und Gewerkschaftsbürokratie durch ihre prokapitalistische Politik am Fabrizieren der "strukturellen" Massenarbeitslosigkeit mit - s o h u l d i g sind! --

Der Bourgeoisie Milliardenprofite zugeschoben zu haben und weiter zuzuschieben; ihr das ungestörte Ausbeuten der Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern, Kleinbürger gesichert zu haben und weiter sichern; und dennoch sich auf dem Rücken der von ihnen verratenen Arbeiter, Angestellten weiter behaupten, seht Ihr: d a s ist das "W u n d e r" der Sozialpharisäer!...

Diese "wunderbare" Leistung vollbringen die schwindelsozialistischen Sozialpharisäer nur dank der Hilfe der schwindelkommunistischen Revolutionsparasiten, dank der Hilfe der Stalinbürokratie und ihrer Kremlpartei. Die stalinbürokratischen Revolutionspharisäer haben durch ihren Schwindelkommunismus die proletarischrevolutionäre Politik derart besudelt, kompromittiert und besudeln, kompromittieren sie immer mehr - im Sozialverrat übertreffen sie die Sozialpharisäer noch bei weitem! - dass die Arbeiter, obwohl sie die Verratspolitik der SP und Gewerkschaftsbürokratie immer deutlicher fühlen, immer unzufriedener mit ihnen werden, noch immer - wenn auch ohne innere Teilnahme, bei der SP bleiben.

Nur dank dem stalinbürokratischen Revolutionsparasitismus vermögen die Sozialpharisäer das politische Betrügen, Verraten der Arbeiter, Angestellten fortzusetzen, ohne deren Gefolgschaft zu verlieren.

Doch die Zeit naht, da die Arbeiter wieder ihren Klassenweg betreten werden, den Weg des Kampfes für die proletarischen Klasseninteressen g e g e n die Bourgeoisie!

Die Arbeiter und Angestellten haben heute in Wahrheit keine Partei, die ihre Klasseninteressen vertritt. Diese Partei müssen sie sich unumgänglich schaffen, die proletarischdemokratische Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale, mit verstärkten Sicherungen gegen die Gefahr eines

neuerlichen Entartens. Und sie müssen den Kampf aufnehmen für die proletarischdemokratische Reform der Gewerkschaften.

Nur der konsequente proletarische Klassenkampf und Sieg gegen die Kapitalistenklasse öffnet der Arbeiterklasse, und unter ihrer Führung den gesamten ausgebeuteten Massen in Stadt und Dorf den Weg nach vorwärts, den Weg über die proletarische Demokratie zum demokratischen Weltsozialismus!

2.5.1954

"Eine angemessene Entschädigung"

Nicht einen Groschen hätten die kapitalistischen Eigentümer 1945 für ihre zerstörten Betriebe von irgendwelchen andern Kapitalisten bekommen. Sie liessen die Betriebe einfach im Stich, weil sie keinen Wert hatten, weil sie keinen Profit aus ihnen hätten ziehen können. Um diese Betriebe überhaupt in Gang zu setzen, in Gang halten zu können, gerade deshalb wurden, mussten diese Betriebe vom kapitalistischen Staat übernommen, verstaatlicht werden.

Die traurigen Vorkämpfer der "sozialen Gerechtigkeit", die SP und die Gewerkschaftsbürokratie, versprachen schon damals den kapitalistischen Eigentümern für ihre verstaatlichten zerstörten, wertlosen Betriebe "eine angemessene Entschädigung".

Diese ganze sozialbetrügerische Prozedur logen sie den Massen vor als einen "Weg zum Sozialismus" und eben dazu logen sie den kapitalistischen Staat den Massen vor als "unsern" Staat...

Jetzt hat die schwindelsozialistische Partei ihr verräterisches Versprechen eingelöst. Die kapitalistischen Eigentümer der verstaatlichten Betriebe bekommen vom Staat eine Milliardenentschädigung und überdies von diesen Milliarden vier Prozent Zinsen für die zehn Jahre 1945-1955. Diese Riesensumme wird der kapitalistische Staat bei Heller und Pfennig aus den ausgebeuteten Massen heraus-

holen, mit Hilfe von SP und Gewerkschaftsbürokratie.

Diese niederträchtige Sozialschurkerei geben SP und Gewerkschaftsbürokratie aus als - "soziale Gerechtigkeit"...

Mit vollem Recht dürften die Arbeiter und Angestellten, aus denen riesige Opfer durch Jahre herausgeschunden wurden, um diese Betriebe wieder herzustellen, eine angemessene Entschädigung für diese Arbeit verlangen, die ihnen mit Unterhungerlöhnen, Unterhungergehältern bezahlt wurde. Die "soziale Gerechtigkeit" der Sozialheuchler sorgt immer für die Ausbeuterklasse auf Kosten der Arbeiterklasse, nie und nimmer umgekehrt.

Damit ist aber diese soziale Haup t gaunerei keineswegs erschöpft. Sie umfasst vielmehr drei soziale Spezialgaunereien:

1. Wie gross ist die Entschädigungssumme? Das v e r s o h w e i g t die SP (siehe AZ 26.5.54)! Sie wird 4 Milliarden Schilling betragen. Dazu 4% Zinsen durch 10 Jahre. Zusammen eine Entschädigung von rund 4500 Millionen Schilling, für wertlose Betriebe!

2. Um den kapitalistischen Eigentümern diese Riesensumme zuschieben zu können, gab die SP Zustimmung zu folgendem Gaunertrick: 1945 waren diese Betriebe zerstört, wertlos und 1945 wurden sie vom kapitalistischen Staat tatsächlich übernommen, tatsächlich verstaatlicht. Die bezüglichen Gesetze wurden erst 1946/47 beschlossen. 1946 waren die Betriebe bereits wieder etwas wert, weil zwölf Monate aufopferndster Arbeit sie auf die Beine gestellt hatten. Und 1947 waren sie bedeutend mehr wert, weil weitere zwölf Monate aufopferndster Arbeit sie zum grossen Teil wieder hergestellt hatten.

Den Wert von 1945 zugrunde gelegt, hätten die Eigentümer nichts erhalten, denn null bleibt null, auch wenn sie mit 1000 multipliziert wird. Für die kapitalistischen Ausbeuter, die nicht einen Finger gerührt hatten, ihre zerstörten, wertlosen Betriebe wieder herzustellen, haben die Sozialpharisäer "volles Verständnis": sie

liessen es zu, dass die Entschädigung auf Grund des Wertes von 1947 berechnet wurde. Dieser Gaunertrick verhalf den Eigentümern zu 4500 Millionen S Entschädigung für ihre wertlosen Betriebe.

3. Wer wird diese Riesensumme zu tragen haben? Aus welcher Klasse wird der kapitalistische Staat die 4500 Mill S herausholen? Vor allem aus den Arbeitern und Angestellten, dann aber auch aus den armen Bauern und Kleinbürgern. Auch das v e r s o h w e i g t die SP! (siehe AZ 26.5.54).

So schaut sie aus, die "Partei des arbeitenden Volkes", diese Partei, die - angeblich - die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. SP und Gewerkschaftsbürokratie b e t r ü g e n die Arbeiterschaft durch Verenthaltung der Wahrheit, vor allem durch b e w u s s t e s Verschweigen des besonders Wichtigen.

Die "angemessene Entschädigung" der ehemaligen Eigentümer der 1945 vom kapitalistischen Staat tatsächlich übernommenen, verstaatlichten Betriebe b e w e i s t den Arbeitern und Angestellten besonders deutlich, dass die Politik der SP und der Gewerkschaftsbürokratie nicht geleitet ist von den Interessen der Arbeiterklasse, sondern von den Interessen der Kapitalistenklasse. Sie treiben bürgerliche Politik. Die SP ist eine b ü r g e r l i c h e Partei, eine bürgerlichdemokratische Reformpartei, in schwindelsozialistischer Maske, um die Arbeiter und Angestellten desto wirksamer politisch und gewerkschaftlich a u s z u s c h m a r o t z e n . .

Die Stalinpartei betreibt das Begaunern der Arbeiterklasse noch raffinierter, noch gemeiner, noch gründlicher - das verringert keineswegs die Sozialgaunerei der SP und Gewerkschaftsbürokratie!

Die Arbeiter und Angestellten haben heute in Wirklichkeit keine Partei, die ihre Klasseninteressen vertritt. Diese Partei müssen die Arbeiter und Angestellten sich aufbauen: Die Partei der p r o l e t a r i s c h e n Demokratie, die proletarischdemokratische Arbeiterpartei!

Sollten die Massen den Riesenfehler begehen, die Sozialverräter weiter an ihrer Spitze zu lassen, so wird es kaum zehn Jahre dauern, dass die Kapitalistenklasse die verstaatlichten Betriebe r e p r i v a t i s i e r e n wird - durch die Schuld der verräterischen SP, Gewerkschaftsbürokratie und KPI

31.5.1954

Viel Geschrei und wenig Wolle

"Ein grosses Investitionsprogramm. Zehn Milliarden in zehn Jahren für Elektrifizierung der Bundesbahn, für Bahnhöfe, Telephon und Autobahn"... "vor allem für die Sicherung der Vollbeschäftigung"... Man denke: "Ein (kapitalistischer!) Zahnjahresplan! So jauchzt die AZ (19.5.54). Das ist ihrer "geistigen Vaterschaft", ihrer "Tatkraft" zu verdanken, jubelt das Zentralorgan der Sozialpharisäer.

Das ist die Lichtseite, die die Schwindelsozialisten wie immer bengalisch beleuchten, herausstreichen, während sie über die Schattenseiten wohlweislich s o h w e i g e n ...

1. Jährlich werden etwa 1 Milliarde S für Investitionsarbeiten verwendet werden. Das wird vorübergehend etwa 10.000 Arbeitslosen Arbeit schaffen.

Allein gleichzeitig wird die kapitalistische Rationalisierungsoffensive vom "Produktivitätszentrum" aus paritätisch von Bourgeoisie und Sozialbürokratie systematisch weiter vorgetrieben werden, werden von ihnen in paritätischer Gemeinschaft "strukturelle", das sind d a u e r n d e Arbeitslose weiter fabriziert werden, ihre Arbeitsplätze werden durch (kapitalistisches!!!) Steigern der Produktivität für immer liquidiert!...

Die Zahl der "strukturellen" Arbeitslosen dürfte rascher und anhaltender steigen, als die verschiedenen Formen der (kapitalistischen) Arbeitsbeschaffung (Investitionen, Wohnungsbau).

Das grosse Geschrei über die (kapitalistische!) Arbeitsbeschaffung dient dazu, die räuberische Rationalisierungsoffensive, die die Kapitalistenklasse und ihre schwindelsozialistischen Agenten gegen die Arbeiterklasse vortreiben, zu verschleiern, zu verwischen. Eben darum schweigen SP und Gewerkschaftsbürokratie krampfhaft über die Tätigkeit und die "Erfolge" des Produktivitätszentrums: bisher haben sie verschwiegen, wie viel Arbeiter und Angestellte sie durch ihre räuberische Offensive der kapitalistischen Rationalisierung um Arbeit und Brot gebracht haben. Heraus mit der Sprache!

Wäre die SP wirklich eine Arbeiterpartei, wirklich eine proletarischsozialistische Partei, würde sie ehrlich, tatsächlich für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen, so müsste sie heute vor allem die Offensive führen für die Vierzigstundenwoche ohne Lohnkürzung. Das tun die SP und auch die Gewerkschaftsbürokratie nicht: denn sie dienen nicht der Arbeiterklasse, sondern wirken zu Gunsten der Kapitalistenklasse: für die Arbeiterklasse rühren sie sich nur so weit, als die Profitinteressen der Ausbeuterklasse das zulassen. Sie stellen den Profit über den Lohn! Sie treiben bürgerliche Politik. Sie sind keine Arbeiterpartei: sie wirken g e g e n die Arbeiterklasse, g e g e n den proletarischen Sozialismus.

2. Die Finanzierung des 10 Millionen-Investitionsprogramms wird erfolgen aus den Steuereinnahmen des kapitalistischen Staates, also letzten Endes auf Kosten der ausgebeuteten Massen. Auch das verschweigen die Schwindelsozialisten.

Sie belügen Euch durch Verschweigen der besonders wichtigen Tatsachen, Zusammenhänge.

Genau so handeln die Stalinbürokratie, die Stalinpartei, ja noch ärger!

Brecht mit SP und KPI! Baut Euch auf die Partei der proletarischen Demokratie: die proletarischdemokratische Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale. Kampf für die proletarischdemokratische R e f o r m der Gewerkschaften!

21.5.54

Mädchenarbeitslosigkeit

Viele tausend arbeitsfähig gewordener Mädchen finden keine Arbeitsstelle, sind arbeitslos. Und ihre Zahl wird wachsen, wird die Arbeitslosenarmee vermehren. Die SP fordert zur Abhilfe dagegen die Einführung eines obligatorischen berufsvorbereitenden 9. Schuljahres (siehe AZ v. 27.5.54).

Während des 9. Schuljahrs hat der Arbeitervater aus seinem Hungerlohn auch die arbeitslose Tochter zu erhalten. Das ist eine "Abhilfe" auf Kosten der Arbeiterklasse. Alle "Abhilfe" der SP und der Gewerkschaftsbürokratie "helfen" den Arbeitern und Angestellten auf Kosten der Arbeiterklasse, niemals auf Kosten der Kapitalistenklasse!

Zwingt die SP und die Gewerkschaftsbürokratie zum ernstesten Kampf für die Einführung der 40-Stundenwoche ohne Lohnkürzung. Die Verwirklichung dieser Losung würde Arbeitsplätze schaffen für 300.000 Arbeiter!

Warum eröffnen die Schwindelsozialisten nicht den Kampf für diese wirksame Losung? Weil dies eine Abhilfe wäre auf Kosten der Kapitalistenklasse! Die Schwindelsozialisten sind Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung: sie sind Gegner der Arbeiterklasse, sind Gegner des proletarischen Sozialismus, treue Diener der Kapitalistenklasse - auf Kosten der Massen.

Uebersaus bezeichnend ist, dass die Losung des 9. Schuljahres besonders von der Jugendorganisation der SP propagiert wird. Diese entpuppt sich damit als bürgerliche demokratische Reformjugend mit schwindelsozialistischer Maske. Zusammengeschlossen mit allen anderen bürgerlichen Jugendverbänden zum österreichischen Bundesjugendring. Dieser ist einergegen die Arbeiterklasse, gegen den proletarischen Sozialismus gerichtete Sammelorganisation aller bürgerlicher Jugendorganisationen. In diesen arbeiterfeindlichen Jugendring würde auch die KP-Jugendorganisation, dieses

Werkzeug der revolutionsverräterischen, revolutionsparasitischen Stalinbürokratie gehören - nur wollen die bürgerlichen Jugendverbände davon derzeit nichts wissen.

In einem grossen elektrotechnischen Betrieb in Meidling, bemühten sich schon seit längerer Zeit einige Monteure um eine Lohnerhöhung. Der St-Betrieb verschob und hintertrieb diese Forderungen der Arbeiter, indem er nichts unternahm. Nur Versprechungen hatte er für die Kollegen, die er nicht einhielt. Nun war das in letzter Zeit nicht mehr möglich, er musste etwas tun und so entschloss er sich, zu der zuständigen Gewerkschaft zu gehen, um sich Rat zu holen.

Am nächsten Tag gab der Betriebsobmann den erstaunt aufhorchenden Kollegen folgenden Bericht: "Während meiner Anwesenheit hielt der Gewerkschaftssekretär telefonische Umfragen bei verschiedenen Firmen, ob sie Monteure aufnehmen würden und er erhielt sie auch. Wie zum Beispiel: bei der Fa Wertheim Elin usw. Ich und die Gewerkschaft räten Euch, die Arbeit bei unserer Firma aufzugeben und Arbeit bei anderen Firmen anzunehmen." Die Kollegen waren wie vor den Kopf gestossen und lehnten ab, bzw. wollten den "Rat" erst überdenken.

Also keine Lohnkämpfe sollen die Kollegen zu ihrem Ziel bringen, ja nicht einmal zu Versprechen beim Unternehmer konnten sich Betriebsrat und Gewerkschaft entscheiden. Auf keinen Fall sollte es zu einem Kampf kommen. Man mutet den Arbeitern viel zu, ihre wohlerworbenen Rechte auf Urlaub usw wegen einer nur um Groschen besser bezahlten Arbeit preiszugeben. Arbeiter, hier seht Ihr deutlich, dass, wenn Arbeiter sich aus eigenem entschlossen, durch Kampf ihren Lohn zu verbessern suchen, die Gewerkschaftsbürokraten und die ihnen hörigen Betriebsräte es sind, die die Arbeiter zur Ohnmacht verurteilen. Absetzung solcher Betriebsräte und Gewerkschaftsbürokraten und nur solche Funktionäre wählen, die den Forderungen der Arbeiter zum Erfolg zu ver-

helfen, als ihre höchste Verpflichtung anerkennen. Es liegt nur an den Arbeitern selbst, dafür zu sorgen, dass Betriebsrat und Gewerkschaft in In-

teresse der ganzen Arbeiterschaft funktionieren!

WORUEBER MAN NACHDENKEN SOLL!

Starhemberg erhält seine Güter zurück!

Krauland wurde freigesprochen!

Der SP-Direktor der Ankerbrotfabrik drohte 300 Arbeitern mit fristloser Entlassung!

Der Gewerkschaftsbund spendet für die Opfer der Hochwasserkatastrophe

Die Arbeiterkammer spendet

Die SPOe spendet

S	500.000.-
S	1.000.000.-
S	100.000.-
zusammen	S 1.600.000.-

Der Industriellenverband spendete

Der Bankenverband spendete

S	250.000.-
S	250.000.-
zusammen	S 500.000.-